

KURZ UND PRÄGNANT

VS hat nichts gelernt

Angesichts des vom Innenministerium bestätigten kürzlichen Anwerbeversuchs eines ehemaligen Mitarbeiters von Katharina König erklärte die Landtagsabgeordnete der LINKEN: „Der Verfassungsschutz windet sich mit zweifelhaften Aussagen um den Anwerbeversuch herum und behauptet, nichts über das Anstellungsverhältnis gewusst zu haben.“ Zu erklären, er sollte angeworben werden, um interne Informationen aus dem links-extremen Spektrum zu liefern, ohne die Person und ihr Tätigkeitsfeld im Vorfeld entsprechend abzuklären, „widerspricht jeglicher Logik und belegt die Inkompetenz und Sinnlosigkeit des Verfassungsschutzes“. Seit den Vernehmungen von Anwerbern und V-Mannführern der Verfassungsschutzbehörde im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss sei bekannt, dass die geheimdienstliche Anwerbung von Quellen oft mehrere Monate in Anspruch nimmt und diese im Vorfeld abgeklärt wird. Der Anwerbeversuch bestätige, dass die Behörde versucht, jene, die sich gegen Neonazismus engagieren, zu kriminalisieren und in eine ‚extremistische‘ Schmutzdecke zu stellen anstatt die Entstehung des NSU und die eigenen Verfehlungen aufzuarbeiten. „Dieses Amt hat nichts gelernt, nichts reflektiert und stellt die eigentliche Demokratiegefährdung dar“, so Katharina König. ■

Nächste Termine im NSU-Untersuchungsausschuss

Die nächste öffentliche Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag findet am Montag, den 12. November, ab 10 Uhr statt. Geplant ist die Vernehmung eines ehemaligen verantwortlichen Abteilungsleiters des Thüringer Innenministeriums für die Fachaufsicht über den Verfassungsschutz, des ehemaligen Referatsleiters des Landeskriminalamtes im Staatsschutzbereich, des ehemaligen Referatsleiters Staatschutz im Thüringer Justizministerium, des letzten Leiters der Sonderkommission (SoKo) Rex sowie eines weiteren ehemaligen Mitarbeiters der damaligen SoKo. Am darauf folgenden Tag geht es ab 9 Uhr weiter mit der Vernehmung des ehemaligen Staatssekretärs im Thüringer Innenministerium, Dr. Lippert. Vorgesehen ist auch die Vernehmung des Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz, der vermutlich für die Beschaffung von Informationen bei Gerichten und Behörden zuständig war.

Ausführliche Informationen zum NSU-Untersuchungsausschuss unter dem Button „Nazi-Terror&VS-Skandal“: www.die-linke-thl.de ■

Neonazi-Strukturen von Spitzeln mit organisiert

Martina Renner: Besorgnis erregendes Bild von Zustand und Ausrichtung der Geheimdienste

Nach Ansicht der Innenexpertin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Martina Renner, „wird immer deutlicher, dass die Strukturen des militanten neonazistischen Thüringer Heimatschutzes und dessen Vorläuferstruktur nicht ohne Zutun der Geheimdienste entstanden sind und sich verfestigen konnten“.

Die Anti-Antifa Ostthüringen als Vorläufer des Thüringer Heimatschutzes (THS) ist wenige Monate nach der erfolgreichen Anwerbung von Tino Brandt als Spitzel des Thüringer Verfassungsschutzes entstanden. Brandt war dann jahrelang bis zu seiner Enttarnung führender Neonazi im THS und in der NPD. Dass nun auch eine zweite wichtige Person für die Strukturen des militanten Neonazismus in Thüringen Spitzel eines Geheimdienstes gewesen ist, „macht offenkundig, dass vom Staat bezahlte Spitzel neonazistische Strukturen gebildet, organisiert, gelenkt und geprägt haben“, so Martina Renner.

Kai D. aus Franken war mutmaßlich für die elektronische Vernetzung von Neonazis im Bundesgebiet, für die Organisation von Neonazi-Aufmärschen und für die Verbreitung von neonazistischem Propagandamaterial maßgeblich verantwortlich. Er galt als einer der zwölf Beschuldigten im Verfahren

gegen den Thüringer Heimatschutz wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung, das ursprünglich zum Verbot des THS führen sollte. Dieses Verfahren wurde aber 1997 einfach eingestellt, obwohl genügend und ausreichend belastende Anhaltspunkte gegen den THS vorlagen.

Dringende Fragen bedürfen einer öffentlichen Beantwortung

„Die Einstellung des Strukturermittlungsverfahrens trotz ermittelter belastender Sachverhalte wirft also zwangsläufig die Frage auf, ob Geheimdienste zum Schutz ihrer Quellen darauf gedrängt haben. Dies umso mehr, da zeitgleich mit der Beendigung des Ermittlungsverfahrens gegen den THS auch die Sonderkommission Rechtsextremismus beim Landeskriminalamt aufgelöst wurde. Zudem lief eine zwischen mehreren Geheimdiensten, darunter auch der Verfassungsschutzämter Bayern und Thüringen, verabredete Operation ‚Rennsteig‘ an“, so die LINKE-Innenexpertin.

Nach ihrer Ansicht müsse nun aufgeklärt werden, ob D., ebenso wie Brandt, nicht nur Geld, sondern auch Kommunikationstechnik durch die Geheimdienste zur Verfügung gestellt bekam. Schließlich habe diese Unterstützung vielfach Neonazis erst ermöglicht, ihre Vernetzungs- und Struktur-

bildung erfolgreich zu betreiben. Die LINKE-Abgeordnete wird anregen, künftig eng mit dem bayerischen Untersuchungsausschuss zusammenzuarbeiten, um die notwendigen Informationen für die Aufklärung aus beiden Bundesländern zusammentragen zu können.

„Die Meldung, dass ein weiterer Neonazi bezahlter Informant des Staates gewesen ist und maßgeblich neonazistische Strukturen aufgebaut hat, ist inzwischen keine Überraschung mehr. Allein diese Tatsache zeichnet ein besorgniserregendes Bild vom Zustand und der Ausrichtung der Geheimdienste. Nun aber bedarf die Frage, hätte es neonazistische Strukturen in diesem Ausmaß auch ohne das aktive Mitwirken der Geheimdienste gegeben, einer dringenden öffentlichen Beantwortung“, fordert Martina Renner.

Kai D. war an zentraler Stelle für das Thule-Netz verantwortlich, mit dem Neonazis erstmals eine computergestützte klandestine Kommunikation betrieben, er gilt als Organisator u.a. der jährlichen Rudolf-Hess-Aufmärsche. Es sei nicht auszuschließen, dass er mit Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe bekannt war, da er ebenso wie das NSU-Trio an Stammtischen des Thüringer Heimatschutzes teilnahm. Auch wurde seine Mobiltelefonnummer auf der 1998 in Mundlos' Garage sichergestellten Telefonliste gefunden. ■

In Thüringen und Sachsen kein Antifa-, sondern Nazi-Problem

Anlässlich des zweiten Verhandlungstages am Dresdner Amtsgericht im Prozess gegen den früheren Vorsitzenden der sächsischen Linksfraktion, Dr. André Hahn, wegen der Blockade des Naziaufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden (s. Archiv-Foto) erklärten die Vorsitzenden der Fraktionen DIE LINKE in den Landtagen von Sachsen und Thüringen, Bodo Ramelow und Rico Gebhardt, am 23. Oktober in Erfurt:

„Was sich derzeit vor dem Amtsgericht Dresden im Prozess gegen André Hahn abspielt, ist eine Farce. Die Kriminalisierung des friedlichen Protestes gegen Nazi-Umtriebe auf Straßen und Plätzen muss beendet werden. Dies gilt für dieses wie für alle anderen Verfahren, die wegen des erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen den größten Naziaufmarsch Europas geführt werden. Wer sich Nazis friedlich und couragiert entgegenstellt, darf dafür nicht bestraft werden.“

Oberstaatsanwalt Schär hatte am 10. Oktober im Gerichtssaal seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Marschpläne der Nazis in den Jahren 2010, 2011 und 2012 in Dresden vereitelt worden sind. Dazu



passt nicht die von der Staatsanwaltschaft angezettelte Prozessflut, insbesondere auch wegen des 19. Februar 2011. Es gibt in Sachsen und auch Thüringen kein Antifa-, sondern ein Nazi-Problem. Wir fordern daher die Staatsanwaltschaft als Ermittlungs- und Anklagebehörde auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Verfolgung der von Nazis begangenen Verbrechen zu konzentrieren. Dass von unserer Region aus der ‚Nationalsozialistische Untergrund‘ ein Jahrzehnt lang unbehel-

ligt morden konnte, zeigt, dass es hierbei noch erheblichen Nachholbedarf gibt.“

Die versuchte Spitzelanwerbung eines ehemaligen Mitarbeiters der LINKE Abgeordneten Katharina König (s. Meldung in der linken Spalte) will Bodo Ramelow jetzt auch in sein (Überwachungs-)Verfahren, das beim Bundesverfassungsgericht liegt, einbringen, denn er sieht dadurch die bisherigen Angaben des Verfassungsschutzes einmal mehr als Lüge entlarvt. ■